

Nahostpolitik

Michael L. Bauer/Simon Hartmann

Im vergangenen Jahr hat sich die Konfliktlage im Nahen Osten weiter verschärft. Die Europäische Union hat dieser Entwicklung wenig entgegenzusetzen und ist lediglich auf mitgliedstaatlicher Ebene – vor allem Frankreich – diplomatisch präsent. Neben den bekannten Limitationen des außenpolitischen Profils der EU lag dies auch an der langwierigen Regierungsbildung in Deutschland und an dem Versuch Großbritanniens, sich nach der Brexit-Entscheidung im internationalen Kontext neu zu positionieren.

Besonders problematisch für die Region, aber auch für die europäische Nahostpolitik ist, dass US-Präsident Donald Trump durch eine Reihe von Entscheidungen in erheblichem Maße zur Destabilisierung des Nahen Ostens beigetragen hat. Mit der Aufkündigung des internationalen Atomabkommens mit Iran sowie der Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem hat Trump nicht nur zur Verschärfung der regionalen Konfliktlage beigetragen, sondern auch dezidiert gemeinsame Positionen mit der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten aufgegeben. Zwischen den europäischen Regierungen und der aktuellen US-Führung scheint mit Blick auf die strategisch und normativ anzustrebenden Politikansätze für die Konfliktregion Nahost keine grundsätzliche Übereinkunft mehr zu bestehen.

Syrien nach dem Ende des „Islamischen Staats“

Der Konflikt in Syrien ist aus vielerlei Gründen weiterhin eine der wichtigsten Herausforderung der europäischen Nahostpolitik. Wenngleich sich die Konfliktlage in den letzten zwölf Monaten verschoben hat, ist ein Kriegsende nicht in Sicht.

Dem Territorialprojekt „Islamischer Staat“ (auch bekannt unter „Daesh“) wurde vorläufig ein Ende bereitet. Im Oktober 2017 eroberten von den USA unterstützte kurdische Milizen Rakka, die letzte Hochburg von „Daesh“ in Syrien. Schon drei Monate zuvor hatte die irakische Armee Mossul, die so genannte Hauptstadt der Terrormiliz, eingenommen.¹ Nach wie vor stehen allerdings vereinzelte Gebiete in Syrien und dem Irak unter der Kontrolle von Daesh. Zudem werden sowohl die Ideologie wie die Kapazitäten, terroristische Anschläge zu verüben, über die militärische Niederlage hinaus bestehen bleiben. Es ist nicht auszuschließen, dass sich Daesh zu einem späteren Zeitpunkt auch militärisch reorganisiert, sollte der Konflikt in Syrien weitergehen und die staatliche Konsolidierung im Irak keine Fortschritte machen.

In Syrien selbst versuchten lokale und regionale Akteure ihre Position im Post-„Daesh“ Syrien auszubauen. Das Assad-Regime setzte seine militärische Kampagne zur Wiederherstellung beziehungsweise Konsolidierung seiner Machtposition in zentralen Gebieten des Landes mit einigem Erfolg fort. Es ist allerdings weiterhin auf massive militärische und politische Hilfe Russlands und des Irans angewiesen. Im Zentrum der militärischen Operationen des Regimes und der Verbündeten stand das Vorgehen gegen Rebellengruppen in den sogenannten „Deeskalationszonen“ in Ost-Ghouta, Daraa und Idlib. Dem Assad-

1 Mariya Petkova: What will happen to post-ISIL Raqqa?, in: Aljazeera, 17.11.2017.

Regime wird vorgeworfen, dabei in mehreren Fällen chemische Kampfstoffe genutzt zu haben. Dies nahm eine von den USA geführte Allianz mit französischer und britischer Beteiligung zum Anlass und bombardierte syrische Stellungen, von denen die chemischen Attacken ausgegangen sein sollen.² Die EU indes weitete die Sanktionen gegen syrische Einrichtungen und Einzelpersonen auch in Reaktion auf die Chemieangriffe erneut aus.³

Die Türkei dehnte ihren Einfluss in Syrien durch eine militärische Intervention in der Region um Afrin aus und begründete die Invasion mit der Bedrohung ihrer Grenze durch kurdische Einheiten in Nordsyrien. Die kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG), enge Verbündete der USA im Kampf gegen „Daesh“, gefährdeten als direkter Ableger der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) die Integrität des türkischen Nationalstaates.⁴ Es handelt sich um die zweite Intervention der Türkei in Syrien seit 2016, die gemeinsam mit verbündeten arabischen Milizen nun ein Gebiet von der Provinz Afrin bis zur Stadt Dscharabulus kontrolliert. Mehrmals hat Präsident Erdogan zudem angekündigt, die YPG ebenfalls aus den Provinzen östlich des Euphrats und dem irakischen Norden vertreiben zu wollen.⁵

Auch zwischen Israel auf der einen Seite und dem Iran und der mit ihm verbündeten Hisbollah Miliz auf der anderen Seite kam es in der ersten Jahreshälfte 2018 zu einer militärischen Konfrontation, an deren Höhepunkt Israel nach Abschuss eines israelischen Kampfflugzeugs mehr als fünfzig Ziele in Syrien angriff, die angeblich vom iranischen Militär genutzt wurden.⁶ Vor allem Russland bemühte sich, einer weiteren Eskalation zwischen Iran und Israel in Syrien vorzubeugen – auch um negative Folgen für das syrische Regime zu verhindern. Seit Mitte 2018 sind keine iranischen Einheiten mehr in der Nähe der syrisch-israelischen Grenze und an der militärischen Offensive, die das syrische Regime seit Juni 2018 mit russischer Unterstützung im südsyrischen Daraa durchführt, beteiligt sich der Iran nicht.

Den dramatischen Ereignissen auf dem Schlachtfeld steht eine lähmende Stagnation auf dem diplomatischen Parkett gegenüber. Die inzwischen achte Verhandlungsrunde zwischen Regime und Oppositionskräften unter dem Dach der Vereinten Nationen brachte auch im Januar 2018 keine nennenswerten Ergebnisse. Auch der von Russland initiierte Syrienkongress in Sotschi, der über eine Nachkriegsverfassung für Syrien beraten sollte, blieb erfolglos, da große Teile der syrischen Opposition die Konferenz boykottierten.⁷

Der Rat der Europäischen Union geht davon aus, dass 13 Mio. Syrerinnen und Syrer von humanitärer Unterstützung abhängig sind, wobei drei Mio. in belagerten Städten eingesperrt sind.⁸ Vor diesem Hintergrund hat die EU eine neue multinationale Konferenzreihe ausgerichtet. Mit der zweiten Sitzung ging die Hohe Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik Mogherini soweit, gerade mit Blick auf andere Initiativen in

2 Yuta Kawashima/Alicia Sanders-Zakre: Timeline of Syrian Chemical Weapons Activity, 2012-2018, in: Arms Control Association, Mai 2018, abrufbar unter: <https://www.armscontrol.org/factsheets/Timeline-of-Syrian-Chemical-Weapons-Activity> (letzter Zugriff: 11.6.2018).

3 Rat der Europäischen Union: Mitteilung an die Presse. Tagung des Rates Auswärtige Angelegenheiten. Brüssel, 28. Mai 2018, Dok. 284/18.

4 Die personelle und ideologische Nähe zwischen PKK und YPG wurde jüngst von der britischen „Henry Jackson Society“, einer konservativen Denkfabrik, bestätigt, vgl. Kyle Orton: *The Forgotten Foreign Fighters. The PKK in Syria*, London 2017.

5 Der türkische Außenminister sieht darin den Grundstein für einen nachhaltigen Friedensprozess, vgl. Mevlüt Cavusoglu: *The Meaning of Operation Olive Branch*, in: *foreignpolicy*, 5.4.2018.

6 Benjamin Bidder: *Darum kämpfen Israel und Iran in Syrien*, Spiegel online, 10.5.2018.

7 Clemens Verenkotte: *Opposition lehnt Friedensgespräche in Sotchi ab*, in: *Deutschlandfunk*, 27.1.2018.

8 Rat der Europäischen Union: Mitteilung an die Presse. Tagung des Rates Auswärtige Angelegenheiten. Brüssel, 25.4.2018, Dok. 219/18.

Sotschi und Astana, von einem „Brüssel-Prozess“ zu sprechen, dessen Ziel neben der Akquise von Mittel für humanitäre Hilfe und dem Wiederaufbau eine Stärkung der Genfer Friedensgespräche sein solle.⁹ Auf der Konferenz, an der Vertreter aus 85 Staaten und internationalen Organisationen teilnahmen, wurden Hilfgelder in Höhe von 3,5 Mrd. Euro für 2018 und weitere 2,7 Mrd. Euro für den Zeitraum 2019 bis 2020 zugesagt. Diese Gelder sollen hauptsächlich den Anrainerstaaten und Hilfsorganisationen für die humanitäre Versorgung von Geflohenen und Zivilbevölkerung zu Gute kommen; erst wenn in Syrien ein integrativer Friedensschluss erfolgt, werden die Gelder für den direkten Wiederaufbau des Landes verwendet werden können.¹⁰

Konfliktlage am Golf verschärft sich

Seit der einseitigen Aufkündigung des internationalen Atomabkommens mit Iran durch US-Präsident Trump im Mai 2018 bemühen sich die anderen Vertragsparteien darum, das Abkommen aufrechtzuerhalten. Der Iran forderte von den anderen Vertragsparteien, dass mögliche wirtschaftliche Folgen der neuen US-Sanktionen aufgefangen werden. Wie dies konkret geschehen soll und wie die EU europäische Unternehmen, die im Iran aktiv sind, vor US-Vergeltungsmaßnahmen schützen kann, ist ungewiss.¹¹ Der Iran hat bisher sein Atomprogramm nicht wieder aufgenommen. Die gemäßigten Kräfte um Ministerpräsident Rohani sind jedoch erheblich geschwächt, während die Hardliner sich in ihrer Haltung bestärkt sehen, dass nur eine Politik der Stärke Irans Sicherheit garantieren kann. Sollten die Sanktionen auf Druck der USA wieder greifen, dann ist zu befürchten, dass es innenpolitisch zu einer weiteren Machtverschiebung zugunsten der Hardliner im Iran kommt.

In Saudi-Arabien treibt Kronprinz Mohamed Bin Salman die Konsolidierung seiner Machtposition voran. Außenpolitisch verfolgt er weiterhin eine aggressive, allerdings bisher wenig erfolgreiche Strategie zur Eindämmung und Zurückdrängung des iranischen Einflusses in der Region. Die Militärkampagne gegen die Houthi-Rebellen im Jemen,¹² das politische und wirtschaftliche Embargo gegen Katar¹³ und das denkwürdige Ränkespiel um den libanesischen Ministerpräsident Hariri¹⁴ haben ihre Ziele weitestgehend verfehlt und dem saudischen Ansehen in der Region und international eher geschadet.

Der Iran indes verfolgt weiterhin eine außen- und sicherheitspolitische Strategie, die auf die Ausweitung seines Einflusses ausgerichtet ist und setzt dabei auch auf die Zusammenarbeit und die politische und militärische Unterstützung von Milizen wie der Hisbollah im Libanon oder den Hashd al-Shaabi im Irak. In der Folge einer weiteren Zuspitzung im Kontext der Aufkündigung des Atomabkommens durch die USA könnte Iran mittels verbündeter Milizen in der Region wieder an der Eskalationsschraube drehen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten unterhalten mit Iran und Saudi-Arabien intensive diplomatische Beziehungen. Erfolgreiche Vermittlungsinitiativen haben sich allerdings bis dato nicht ergeben.

9 Europäischer Auswärtiger Dienst: EU launches "Brussels process" for Syria, Mogherini announces at UNGA, 21.9.2017, abrufbar unter: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage_en/32597/EU%20launches%20%22Brussels%20process%22%20for%20Syria,%20Mogherini%20announces%20at%20UNGA (letzter Zugriff: 11.6.2018).

10 Rat der Europäischen Union: Mitteilung an die Presse, April 2018.

11 Clemens Verenkotte: Letzter Rettungsversuch für das Iran-Abkommen, in: Deutschlandfunk, 6.7.2018.

12 Jonathan Spyer: Tehran Is Winning the War for Control of the Middle East, in: foreignpolicy, 21.11.2018.

13 Hassan Hassan: Qatar won the Saudi Blockade, in: foreignpolicy, 24.1.2018.

14 Anna Barnard/Maria Abi-Habib: Why Saad Hariri Had That Strange Sojourn in Saudi Arabia, in: New York Times, 24.12.2017.

Jerusalem-Entscheidung verschärft Situation

Die Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts im Rahmen der Zwei-Staaten-Lösung bleibt weiterhin ein maßgebliches Ziel der europäischen Nahostpolitik. Mit Blick auf die Entwicklungen vor Ort scheint dieser Ansatz der Konfliktlösung jedoch immer weniger praktikabel – Alternativen sind gleichwohl nicht in Sicht. Der Konflikt wurde im Berichtszeitraum zudem durch die Entscheidung von US-Präsidenten Trump, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, weiter verschärft.

Mit der Entscheidung brach Trump den international verbindlichen Konsens, wonach die Sonderrolle der heiligen Stätte erst nach Friedensschluss unter den Konfliktparteien abschließend geklärt werden solle. Die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem erfolgte am 14. Mai 2018 und fiel in die Feierlichkeiten zum 70. Jubiläum der Staatsgründung Israels, die die Palästinenser als „Nakbar“ (Tag der Katastrophe) betrauern. Eine neue Intifada, wie sie die Hamas im Winter angekündigt hatte, blieb zwar aus. An der Grenze des Gazastreifens kam es jedoch unter Führung der Hamas zu massiven Protest, gegen den die israelische Armee mit Waffengewalt vorging. Dabei wurden binnen weniger Tage 116 Palästinenser getötet und 2700 Personen verletzt. Die israelische Luftwaffe begründete ihr Vorgehen mit dem Schutz der Grenze vor Terroristen.¹⁵

Als Reaktion auf die Unruhen rief die EU beide Seiten zur Mäßigung auf. Die Hohe Vertreterin Mogherini ermahnte Israel, die Verhältnismäßigkeit zu wahren und das Demonstrationsrecht im Gazastreifen zu achten. Die Hamas müsse aber sicherstellen, dass die Proteste ohne Gewalt stattfänden.¹⁶ Schon zuvor hatte die EU die Jerusalem-Entscheidung der Trump-Administration kritisiert und ihre bisherige Strategie bekräftigt.¹⁷ Die Beziehungen zwischen der EU und Israel haben sich in Anbetracht dessen weiter verschlechtert. Einen Israelbesuch sagte Mogherini im Juni 2018 kurzfristig ab, weil Premier Netanjahu keine Zeit gefunden habe, sie zu sprechen.¹⁸ Schon im Frühjahr 2016 waren bilaterale Unstimmigkeiten deutlich geworden, als Brüssel neue Einfuhrregeln für israelische Produkte aus den Siedlungsgebieten erließ, und Tel Aviv kurzfristig den israelischen Botschafter bei der EU abzog.

Weiterführende Literatur

- Michael Bauer/Almut Möller: Angewandte Politikforschung zur europäischen Nahostpolitik, in: Manuela Glaab/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Angewandte Politikforschung, Wiesbaden 2012, S. 307-317.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Antagonismen in der Nachbarschaft der Europäischen Union: Die EU, Russland, die Türkei, Iran und Saudi-Arabien ringen um Einfluss in ihrer gemeinsamen Nachbarschaft, Gütersloh 2018.

15 Spiegel Online: Israel bestellt Botschafter Spaniens, Sloweniens und Belgiens ein, 21.5.2018.

16 Europäischer Auswärtiger Dienst: EU calls for restraint on both sides following deaths of dozens of Palestinian protesters, 14.5.2018, abrufbar unter: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/44527/gaza-eu-calls-restraint-both-sides-following-deaths-dozens-palestinian-protesters_en (letzter Zugriff: 11.6.2018).

17 Europäischer Auswärtiger Dienst: Remarks by HR/VP Mogherini on the announcement by U.S. President Donald Trump on Jerusalem, 9.12.2017, abrufbar unter: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/36962/remarks-hrvp-mogherini-announcement-us-president-donald-trump-jerusalem_en (letzter Zugriff: 11.6.2018).

18 Herb Keion: PM can't find Time for Mogherini. EU Foreign Policy Chief cancels Trip, in: Jerusalem Post, 10.6.2018.